

Berufsagentur als Marke

Senat: Bremen soll Vorbild sein

VON ANTJE STÜRMANN

Bremen. Die Jugendberufsagentur müsse bekannter werden und Daten freier austauschen können. Mit diesen Forderungen beantwortet der Senat eine Anfrage der CDU, die wissen wollte, ob die Jugendberufsagentur erfolgreich arbeitet oder nur ein „zahnloser Papiertiger“ ist. Die Landesregierung prüfe, ob sie gemeinsam mit anderen Bundesländern eine gesetzliche Initiative zum Schutz der Marke Jugendberufsagentur einbringen und für Bremen als Modellregion werben sollte.

Ziel der ressortübergreifenden Zusammenarbeit als Jugendberufsagentur ist es, Schulabgänger passgenau zu beraten und ihnen individuelle Hilfen anzubieten. Unschlüssige sollen so begleitet werden, dass sie auf dem Weg in eine Ausbildung oder in den Beruf nicht verloren geht. Laut CDU hat sich herausgestellt, dass die Arbeit der Agentur nur schleppend anlaufe, die Vermittlungsbilanz zu wünschen übrig lasse und zentrale Probleme, wie zum Beispiel beim Datenschutz, nicht gelöst worden seien: „Die Ziele der Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung und die der Ausbildungsstellen wurden bislang augenscheinlich nicht erreicht.“

Tatsächlich belegen die vom Senat vorgelegten Zahlen: Die Anzahl junger Erwachsener im Land, über deren Werdegang nichts bekannt ist, stieg 2015 binnen eines Jahres um 227. Auf der anderen Seite haben die Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und der Jobcenter landesweit 1993 (von insgesamt 7158) Ausbildungsverträge vermittelt – 150 mehr als im Jahr davor.

Unterm Strich sieht der Senat keinen Grund, von seinem politischen Reformansatz abzuweichen. Vielmehr behinderten die starren bundesgesetzlichen Regelungen beim Datenschutz die Zusammenarbeit der Träger von Jugendhilfe, Grundversicherung und Arbeitsförderung, heißt es. Eine Arbeitsgruppe des Bundesarbeitsministers, in der auch Bremen vertreten sei, erarbeite dazu eine Arbeitshilfe.

Unzufrieden ist der Senat indes damit, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vorjahr nur um 158 auf 7158 gestiegen ist. Ziel seien 7800 besetzte Ausbildungsplätze. Als beunruhigend bezeichnet er die hohe Zahl der 20- bis 25-Jährigen, deren Schulabschluss länger als ein Jahr zurückliege. „Mit gut 1600 Personen macht diese Zielgruppe gut ein Drittel der bei der Agentur für Arbeit registrierten Ausbildungsplatzbewerber aus.“

STADTUMSCHAU

„Auf den Spuren des Nordlichts“ lautet der Titel eines Vortrags mit Wort, Bild und Ton des Reisejournalisten Gunnar Green über Norwegen. Er berichtet über sein Treffen mit den letzten Rentier-Nomaden, seiner Flucht vor wilden Elchen, seine Übernachtung alleine im Schneesturm und die Kunst, bei 200 km/h Windgeschwindigkeit ein Zelt aufzubauen. Der Vortrag beginnt am Mittwoch, 9. März, um 19 Uhr in der Handwerkskammer, Ansgaritorstraße 24.

„Über die Meinungsfreiheit – und ihre Grenzen“ lautet der Titel eines Gesprächs mit dem Bestsellerautor Volker Kitz, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung am Mittwoch, 9. März, um 19 Uhr in das Hotel Strandlust einlädt. Mit Volker Kitz spricht Michael Brandt, Redaktionsleiter der „Norddeutschen“. Um eine telefonische Anmeldung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung unter 163 00 90 wird gebeten.

Die Bepflanzung einer Kräuterspirale ist Thema eines Vortrags am Mittwoch, 9. März, im Bamberger Haus der VHS, Faulenstraße 69. Beginn ist um 19.30 Uhr. Anmeldungen nimmt die Volkshochschule mit der Kursnummer 26-695-M unter Telefon 36 15 95 25 an.

Die Autorin Martha Bull stellt ihren neuen Krimi „Frau Friese und die tödliche Einladung“ am Mittwoch, 9. März, beim Bremer Frauenfrühstück im Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, vor. Der Eintritt beträgt acht Euro inklusive Frühstücksbuffet. Beginn ist um 10 Uhr. Anmeldung telefonisch unter 54 94 90.

„Geld geht anders“ lautet das Thema einer Veranstaltung, die sich der Bremer Regionalverband Roland widmet. Sie beginnt am Donnerstag, 10. März, um 19.30 Uhr in der Villa Ichnon, Goetheplatz 4. Roland-Regional und Attac Bremen laden zu Vorträgen und Diskussion ein (Eintritt frei).

Eine Gartenreise nach Südengland mit der Gartenarchitektin Cordula Hamann bietet die Bremer Volkshochschule vom 12. bis 18. Juni an. Unter anderem stehen die typischen Gärten von Great Dixter und Mottisfont Abbey sowie die Anlagen Wisley Garden und Sussex Prairie Garden auf dem Programm. Anmeldung und weitere Informationen unter 04202/88 58 43.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36 71 36 90
Fax 0421/36 71 10 06
Mail: lokales@weser-kurier.de

Gezielte Entwicklung statt Krisenmodus

Zuwanderung ist Thema beim Bremer Stadtdialog

VON KATHRIN ALDENHOFF

Bremen. Dass die Zuwanderung die Stadt verändern wird, sie schon jetzt verändert, das ist klar. Die Frage ist, auf welche Weise sich die Stadt verändert und wie die Politik diese Veränderung gestalten kann. Über Wohnen und Zuwanderung diskutierten am Dienstagabend Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), der Architekt Stefan Feldschnieders, die Staatsrätin beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Gabriele Friderich, und der Oberbaudirektor der Stadt Hamburg, Jörn Walter, beim Bremer Stadtdialog in der Energieleitzentrale in der Überseestadt.

Aus dem Krisenmodus der Ersterbringung der Flüchtlinge in eine geordnete Stadtentwicklung mit einer gesicherten Wohnraumversorgung zu kommen – das nannte der Architekt Stefan Rettich, der an der Hochschule Bremen lehrt, in seinem Impulsvortrag als Ziel. „So voll wie heute habe ich es noch nie erlebt“, sagte Stefan Rettich, „das Thema brennt.“ Mehr als 150 Zuhörer waren gekommen.

Und dieser Gedanke war auch das Thema der Podiumsdiskussion. In der Überseestadt ist der Bremer Dialog mit dem Thema an der richtigen Stelle: Wenige Schritte entfernt entsteht gerade ein Übergangswohnheim, noch einmal ein paar Hundert Meter weiter stehen Zelte und Container, in denen Flüchtlinge leben. Und Senatsbaudirektorin Iris Reuther

sagte in ihrem Einführungsvortrag, die Überseestadt sei ein Schwerpunkt des Sofortprogramms Wohnungsbau. Dort sollen mehr als 1000 Wohnungen entstehen.

„Die aktuelle Situation ist eine Möglichkeit, das Thema Stadtentwicklung neu zu beleben und weiterzutreiben“, sagte Carsten Sieling vor der eigentlichen Podiumsdiskussion in einem Grußwort. Und nannte dann die für ihn vier zentralen Fragen: Wie schafft es Bremen, so zu bauen, dass keine Stadtgebiete entstehen, in denen vor allem Flüchtlinge leben? Wie kann schnell und gleichzeitig nachhaltig gebaut werden? Wie kann Bremen Verfahren vereinfachen, so dass schneller gebaut werden kann? Und welche Akteure sind in der Lage, möglichst schnell die Ziele umzusetzen, die sich Bremen im Wohnungsbau gesteckt hat? Sieling sagte außerdem, Bremen rechne in diesem Jahr mit rund 8000 Zuwanderern.

Senatsbaudirektorin Iris Reuther sagte in ihrer Einführung, dass Bremen im vergangenen Jahr 2048 Wohnneinheiten genehmigt habe – das seien doppelt so viele wie im Jahr 2010. Sie sprach darüber, im Zusammenhang mit seriellen Bauten Standards zu ändern, also beispielsweise beim Lärmschutz oder in der Baumstrukturverordnungen flexibler zu sein oder unter gewissen Umständen auf Pflichtstellplätze zu verzichten.

Ohne Angst verschieden sein

Bremen. „Um Gottes Willen“ lautet das diesjährige Motto der Woche der Brüderlichkeit, die am Dienstag mit einem Festakt im Haus der Bürgerschaft gewürdigt wurde. Bürgerschaftspräsident Christian Weber begrüßte die Gäste, die der Einladung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Bremen gefolgt waren. Der Chor der Jüdischen Gemeinde Bremen sorgte für den musikalischen Rahmen.

Als Festredner sprach Jürgen Ebach aus Bochum, emeritierter Professor für Exegese und Theologie des Alten Testaments. Er ging auf das aktuelle Weltgeschehen ein: „Die Berufung auf Gottes Willen als Legitimation von Gewalt ist gegenwärtig kaum von bestimmten islamistischen Glaubens-, Denk- und Praxisformen zu trennen.“ Doch er warnte davor, jene Formen mit dem Islam zu identifizieren. „Ein Gewalt-Potenzial steckt in nahezu jeder Religion.“ Er plädierte für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben und schloss mit einem Zitat Theodor W. Adornos: „Zu tun ist es um einen Zustand, in dem man ohne Angst verschieden sein kann.“ **KKW**



Der Chor der Synagoge Bremen bei der Woche der Brüderlichkeit. FOTO: KUHAUPT

ten. „Es braucht kluge Grundrisse und Gebäudetypen in einer wachsenden, sich verändernden Stadt“, sagte Reuther. Außerdem seriell Bauen und ein Programm für Wohnquartiere.

Stefan Rettich begann seinen Vortrag mit einer Zeichnung: Darauf ist der Umriss einer Stadt zu sehen, die linke Hälfte bedeckt mit Eurozeichen, die linke voller Herzen. In beiden Hälften stehen je zwei Personen, die an einem Tau ziehen. „Eine neoliberale Stadt gegen eine gerechte Stadt – mit der Flüchtlingskrise ist diese Frage wieder offen.“ Die Gesellschaft könne dadurch gewinnen – oder sich große Probleme einhandeln. Eine Chance können seiner Ansicht nach die Großwohnsiedlungen in den Städten sein. Sie könnten nun urbanisiert werden, und das wiederum sei eine Chance, dass sich die Bevölkerung dort mehr mische. Es sei wichtig, bei der Entstehung von neuen Quartieren alte Fehler zu vermeiden – wichtig sei es also beispielsweise, vorher über die ideale Größe solcher Quartiere nachzudenken, sie mit der Innen-

stadt gut zu vernetzen und erneuerbare Energien zu nutzen. „Die aktuelle Überforderung der Städte zeigt, dass wir nicht auf so ein Migrationsereignis vorbereitet waren“, sagte Rettich. Um mit der Zuwanderung der Zukunft besser umzugehen, schlug er vor, so genannte Gasträume zu bauen, zum Beispiel als eine Art Gartenhaus, oder Zimmer in den Wohnungen von Geringverdienern als Aufnahmeplätze herzurichten. Diese könnten eine Alternative zu Zelten und Containern sein – und integrativ sei so eine Flüchtlingsunterbringung obendrein auch.

Staatsrätin Gabriele Friderich widersprach Rettich: Bremen sei nicht völlig überrascht worden von dem Wohnungsmangel aufgrund der Flüchtlingskrise. „Wir wussten schon vorher, dass wir mehr preiswerten Wohnraum brauchen.“ Gleichwohl sei die aktuelle Situation eine enorme Herausforderung. Diese sehe sie als Gemeinschaftsaufgabe. Es werde nicht nur für Flüchtlinge gebaut, sondern für alle Familien und auch für Alleinstehende mit wenig Geld. „Eine Trennung, wo für Flüchtlinge und wo für Bremer gebaut wird, darf nicht passieren“, sagte sie.

Der Bremer Architekt Stefan Feldschnieders sagte, die Architekten müssten Zeit bekommen, um Dinge zu entwickeln. „Man sollte jetzt Geld in Projekte investieren, die der Stadt weiterhelfen.“ Mit seinem Konzept eines Containerdorfs für Flüchtlinge, das als Hof angelegt ist, hat er es bis auf die Architekturbiennale geschafft.

Jörn Walter, Oberbaudirektor der Stadt Hamburg, erklärte wie man dort versucht, die Situation zu meistern: Derzeit baue man in Hamburg Wohnungstypen, die so schon woanders in der Stadt gebaut wurden – mit denen habe man schon Erfahrung, dadurch gehe der Bau schneller.

Der Bremer Architekt Stefan Feldschnieders sagte, die Architekten müssten Zeit bekommen, um Dinge zu entwickeln. „Man sollte jetzt Geld in Projekte investieren, die der Stadt weiterhelfen.“ Mit seinem Konzept eines Containerdorfs für Flüchtlinge, das als Hof angelegt ist, hat er es bis auf die Architekturbiennale geschafft.

Jörn Walter, Oberbaudirektor der Stadt Hamburg, erklärte wie man dort versucht, die Situation zu meistern: Derzeit baue man in Hamburg Wohnungstypen, die so schon woanders in der Stadt gebaut wurden – mit denen habe man schon Erfahrung, dadurch gehe der Bau schneller.

Kritik an Regierungskoalition

Bildungspolitik: Eltern erwarten Machtwort vom Bürgermeister

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Die Diskussion darüber, ob es Vorkurse für Flüchtlinge an Schulen in freier Trägerschaft geben darf, geht am eigentlichen Skandal vorbei. Das schreiben Vertreter des Zentralelternbeirats (ZEB) in einem Offenen Brief an Mitglieder der Bildungsdeputation, Medien und Bürgermeister Carsten Sieling.

Den eigentlichen Skandal sehen Andrea Spude und Pierre Hansen vom ZEB darin, dass die Bildungsdeputation als politisches Gremium zunehmend ausgehebelt werde. Nicht in der Deputation, wo Fachleute aus Behörde, Schulen und Kitas mit Parteipolitikern zusammen kommen, werde zuerst diskutiert, sondern in den Medien: „Bei diesen Hahnenkämpfen über die Presse wird offensichtlich, dass einige Politiker versuchen, außerhalb der Deputationseinfluss auf Entscheidungen der Behörde nehmen“, sagt Andrea Spude. „Das ist nicht nur intransparent, sondern auch inakzeptabel.“

Spude und Hansen bezeichnen die Ablehnung von Vorkursen an Privatschulen als „krasse Fehlentscheidung“ der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die zuletzt nur unter dem Druck der Öffentlichkeit korrigiert worden sei. „Man redet der Bildungsdeputation, die mehr Vorkurse für Flüchtlingskinder einrichten soll, in ihre Entscheidungen rein, das ist nicht Aufgabe der Parteien“, sagt Spude. Damit bezieht sich Spude auf den SPD-Abgeordneten Mustafa Güngör, der die von der Bildungsbehörde geplante Beschulung von Flüchtlingskindern an Privatschulen abgelehnt hatte.

„Es geht gar nicht, der eigenen Senatorin in den Rücken zu fallen“, urteilt auch Hansen. Er bemängelt zugleich die Reaktion von Matthias Güldner (Grüne), der



Das rockt!

Rund tausend Schülerbands aus Bremen und Umgebung haben sich in den vergangenen Jahren beim Bremer Schulkrockfestival beworben. Einige dieser Bands stehen noch heute auf der Bühne. Am Dienstagabend wurde im Schlachthof ein weiteres Mal der Preis der Bremer Schulkrockoffensive ver-

liehen. Eine Jury mit dem Musiker Klaus Lage an der Spitze hatte fünf Bands für das Finale bestimmt. Eine davon war die Bunkerband aus Bremen (Foto). Die Sieger erhalten einen Aufnahmetag in einem Tonstudio und die Produktion einer Single.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Tödlicher Unfall an Kreuzung

Bremen. In Borgfeld wurde am Dienstagmorgen ein 60 Jahre alter Fußgänger beim Überqueren der Straße von einem Auto erfasst und so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus starb. Laut Polizei wurde der Mann von einem 51-jährigen Autofahrer gegen 8.20 Uhr im Kreuzungsbereich Borgfelder Heerstraße/ Borgfelder Allee angefahren. Nach Aussagen von Zeugen soll der 60-Jährige von rechts kommend bei Rot über die Fahrbahn in Richtung Straßenbahnhaltestelle gelaufen sein. Der 51-Jährige habe einen Zusammenstoß nicht mehr vermeiden können und den Fußgänger frontal erfasst. Der 60-Jährige wurde umgehend in ein Klinikum gebracht, erlag dort aber seinen schweren Verletzungen. **MIC**

Zehn Turnhallen wieder für Sport frei

Bremen. Ende März steht die Hälfte der Turnhallen wieder für den Sport zur Verfügung. Von ursprünglich 20 Dreifachturnhallen werden dann voraussichtlich nur noch zehn für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden benötigt, teilte am Dienstag Sozial- und Sport-Staatsrat Jan Fries im Rahmen der Sportdeputationssitzung mit. Sieben Hallen seien inzwischen wieder geräumt, drei weitere würden in den kommenden 14 Tagen folgen. Nach den erforderlichen Herrichtungsarbeiten würden sie voraussichtlich mit dem Ende der Osterferien wieder für den Sport zur Verfügung stehen. Die verbleibenden zehn Hallen sollen in den nächsten Monaten geräumt werden. Wann das genau sein wird, lasse sich angesichts der politischen Lage an den europäischen Grenzen und der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen in den Krisenregionen nicht sagen. **MIC**



Andrea Spude, Vorstandssprecherin des Zentralelternbeirats. FOTO: KUHAUPT